

## EINWOHNERRAT

### PROTOKOLL

der 20. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2004-2008)

---

Sitzungsdatum: 17. Mai 2006  
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil  
Sitzungsdauer: 18.00 - 21.45 Uhr

---

Präsenz  
Einwohnerrat: Vorsitz Christoph Morat, 1. Vize-Präsident Einwohnerrat  
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident  
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin  
Heinz Giger  
Arnold Julier  
Roman Meury  
Saskia Schärer  
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter  
Andreas Weis, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)

Gäste:

Entschuldigt: Iris Zihlmann-Glanzmann  
Basil Kröpfli  
Beat Meyer

Abwesend: Jürg Vogt  
Joël Wartenweiler

---

### Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 26. April 2006 betreffend  
Gutachten von Dr. M. Forter zu den Risikoberichten der IG DRB  
zur Chemiemülldeponie Le Letten (Gastreferent Dr. M. Forter) Geschäft 3664
2. Dringliches Postulat von Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion betreffend  
Totalsanierung der Chemiemüll-Deponien Le Letten und Roemisloch“ Geschäft 3669

- |  |               |
|--|---------------|
| 3. Bericht des Gemeinderates vom 29. März 2006 betreffend Wahl eines Mitglieds in das Wahlbüro anstelle des zurückgetretenen Peter Hofer-Bodenehr für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30. Juni 2008) | Geschäft 3660 |
| 4. Bericht des Gemeinderates vom 11. April 2006 betreffend Einrichtung und Betrieb eines Tageskindergartens in Allschwil   | Geschäft 3488 |
| 5. Interpellation von Robert Richner, FDP-Fraktion, vom 18.01.2006 betreffend Sportanlage ‚im Brüel‘   | Geschäft 3647 |
| 6. Interpellation von Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, vom 15.02.2006 betreffend ‚Bewilligte Dachformen gemäss Zonenreglement Siedlung‘  | Geschäft 3651 |

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
- FRAGESTUNDE

---

### **Der Protokollführer**

Martin Bruder

---

### **Einwohnerratsprotokoll Nr. 20 vom 17.05.2006**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

### **Der 1. Vize-Präsident des Einwohnerrates Allschwil**

Christoph Morat

### **Begrüssung / Mitteilungen des 1. Vize-Präsidenten**

Der 1. Vize-Präsident **Christoph Morat** gibt die Entschuldigungen bekannt. Die Präsidentin des Einwohnerrates ist krankheitshalber abwesend und musste die Sitzungsleitung kurzfristig an Christoph Morat übergeben.

### **Neue parlamentarische Vorstösse**

Eingegangen sind folgende Vorstösse:

**Motion** von Josua Studer, SVP-Fraktion betreffend Einsetzen eines Tempo-Info-Gerätes zum Nulltarif (Geschäft 3670)

**Dringliches Postulat** von Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, betreffend Totalsanierung der Chemiemüll-Deponien Le Letten und Roemisloch

**Dr. Guido Beretta**, FDP-Fraktion, begründet die Dringlichkeit wie folgt: Das vorliegende Postulat sei in Zusammenhang mit dem 1. Traktandum zu betrachten und er nehme an, dass letzteres eine Diskussion auslösen werde. Er erachte es als sinnvoll, das Postulat deshalb gleich zusammen mit dem 1. Traktandum zu behandeln und nicht, wie üblich, erst nach der Pause.

Abstimmung über Dringlichkeit erfordert 2/3-Mehr der anwesenden Mitglieder.

://: Die Dringlichkeit des Postulates wird mit grossem Mehr beschlossen.

### **Traktandenliste**

://: Dem Antrag des Büros in Absprache mit Dr. Guido Beretta, das dringliche Postulat direkt nach dem 1. Traktandum einzufügen, wird einstimmig zugestimmt.

---

177      13.112      Nicht wiederverwertbare Abfälle

**1. Bericht des Gemeinderates vom 26. April 2006 betreffend  
Gutachten von Dr. M. Forter zu den Risikoberichten der IG DRB  
zur Chemiemülldeponie Le Letten (Gastreferent Dr. M. Forter)**

**Geschäft 3664**

---

**Robert Vogt**, Departementsvorsteher Tiefbau, betont die Wichtigkeit des 1. Traktandums betreffend der Chemiemüll-Deponien im Elsass. Man habe dazu mit Dr. Martin Forter einen Spezialisten eingeladen. Dieser habe eine ausgewiesene Erfahrung in Sachen Chemiemüll-Deponien, wozu er auch ein Buch namens „Farbenspiel“ verfasst habe. Er werde diesen Bericht dem Plenum im Detail vorstellen. Teilweise werde es etwas kompliziert sein, unter anderem würden viele Ausdrücke aus der Chemie verwendet. Dazu werde man aber am Schluss die Möglichkeit haben, Fragen zu stellen. Die Haltung des Gemeinderates betreffend der Deponien sei eindeutig und gehe dahin, dass diese Deponien als Endziel ausgehoben und das Material entfernt werden muss. Es gehe nicht an, dass die IG DRB, die Interessengemeinschaft Deponiesicherheit Regio Basel, behaupte, dass von den Deponien im Elsass überhaupt keine Gefahr für Mensch und Natur ausgehe. Der Experte Dr. M. Forter werde das Gegenteil darlegen können. Obschon sich die Grenzwerte im Millionstel-Bereich befinden bittet Robert Vogt, dass man hier nicht von „Erbsenzählen“ spreche, sondern dass man festgestellt habe, dass

Schadstoffe in die Umwelt treten könnten, die sich auch über Generationen anhäufen und Kinder und Kindeskiner beeinträchtigen könnten. Dies zeige auch die vorliegende Wichtigkeit und er freue sich, wenn auf das Geschäft eingetreten würde.

EINTRETEN unbestritten

Zum durch Robert Vogt verdankten Vortrag von **Dr. Martin Forter** wird auf den Bericht und die versandte Zusammenfassung verwiesen.

VERSTÄNDNISFRAGEN

**Thomas Pfaff**, SP/EVP-Fraktion, möchte bezüglich des Fazits des Vortrages wissen, ob demnach, gegenteilig der Aussage des Berichtes der IG DRB, gesagt werden könne, dass davon ausgegangen werden müsse, dass eine Gefahr bestünde, oder ob dies so auch nicht möglich sei.

**Dr. Martin Forter** erläutert, dass sein Bericht deutlich zeige, dass das Grundwasser bei der Deponie Le Letten verdreckt sei, dass diese auslaufe, wie übrigens die Deponie Roemisloch oberhalb des Mühlebachs ebenfalls. Auch zeige der Bericht, dass es verschiedenste Indizien dafür gebe, die darauf hinweisen, dass eine Beeinträchtigung der Trinkwasserfassung möglich sei. Weiter sei gemäss des Berichts die Umgebung der Deponie mit Chemikalien in verschiedensten Konzentrationen kontaminiert. Ein Beweis, dass eine Gefahr auf der Oberfläche, z.B. für das Trinkwasser bestehe, sei also, im Gegensatz zum Grundwasser, wo eine Verschmutzung unbestritten sei, nicht aus dem Bericht abzuleiten. Eindeutig könnten aber sehr viele Hinweise festgestellt werden, dass eine Beeinträchtigung der Trinkwasserfassung unter gewissen Umständen möglich sei.

Die oberhalb des aus derselben Grundwasserschicht versorgten Sodbrunnens Calonego gefundenen Stoffe sind für ihn eindeutig. Es handle sich dabei vor allem um Stoffe wie 1,2-Dichlorpropan, welche die amerikanische Umweltbehörde EPA klar als „aus Chemiemülldeponien stammend“ deklariert. Auch habe man im Sodbrunnen Calonego auch 1,2-Dichlorbenzol gefunden. Dies im Jahre 2005, was er erst eben erfahren habe, weshalb es in seinem Vortrag noch nicht vorgekommen sei. Es handle sich hierbei sogar um eine Substanz, welche die Chemieindustrie selbst als eine ihrer Leitsubstanzen bezeichnet. Diese sei also östlich der Deponie, im Bereich der Trinkwasserfassung Kappelmatt und des Sodbrunnens zu finden.

**Alice Märky-Schällibaum**, FDP-Fraktion, weist darauf hin, dass der Bericht zweifellos gut recherchiert, der Vortrag aber der vielen technischen Ausdrücke wegen ihrer Ansicht nach zu kompliziert gewesen sei. Sie wisse nun immer noch nicht, wie giftig etwas sei, und welche Menge es dazu brauche. Dies sei nicht angegeben gewesen. Sie könne deshalb die Bedeutung dieses Berichtes nicht abschätzen.

**Dr. Martin Forter** weist darauf hin, dass dies gerade das Problem sei. Man spreche von vielen verschiedenen Chemikalien, was auch zum grossen Problem werde, wenn man die toxikologische Wirkung solcher Substanzgemische im Wasser abzuschätzen versuche. Von einigen dieser Substanzen wisse man toxikologisch gar nichts, zum Teil könne man sie nicht einmal analysieren. Erst recht wenig wisse man darüber, wenn diese Substanzen zusammen als Gemisch vorkommen, wie dies zum Beispiel im Sodbrunnen der Fall sei. Seiner Meinung nach sei es bei Gemischen, in welchen man 30 bis 40 Substanzen finde, schlicht nicht möglich, dies wissenschaftlich jemals klären zu können. Dort sei eher gesunder Menschenverstand angebracht, welcher sage, dass solche Substanzen im Wasser nicht vorkommen sollten.

DETAILBERATUNG

**Jürg Gass**, SP/EVP-Fraktion, weist darauf hin, dass man sich wohl einig sei, dass was sich dort hinten befinde, eine „Sauerei“ sei. Wenn nun gefragt würde, ob die Gefahr abschätzbar sei, könne dies nicht beantwortet werden. Ihn schockiere vor allem das ganze Szenario, welches die IG DRB abliefere wie z.B. wenn Dinge behauptet würden, wie das Beispiel des 15 Kilogramm schweren Kindes. Dies obschon das AUE mangels Beweisen dahinter stünde. Es sei hier nachweisbar, dass Giftmüll ins Wasser laufe und er frage sich, ob man nun warten müsse, bis auch Krankheiten bewiesen werden können. Es werde auch nicht abgestritten, dass die Deponien auslaufen. Dass die Chemie kein Interesse daran habe, die Deponien auszuheben, sei auch klar. Nun müsse aber gehandelt werden. Deshalb habe er den Antrag gestellt, eine Resolution des Einwohnerrates an die Chemiefirmen zu verabschieden (die Folie wird aufgelegt). Damit soll gezeigt werden, dass man klar dafür sei, dass dort etwas zu geschehen habe und nicht zuwarte, bis etwas passiere und es dann zu spät sei. Es sei für ihn eine Frechheit, wenn behauptet würde, dass keine Gefahr bestehe. Deshalb fordere er, die Resolution zu verabschieden. Auch soll der Gemeinderat im gleichen Wortlaut eine selbige verabschieden.

**Kurt Kneier**, CVP-Fraktion, erinnert daran, dass er sich schon einmal über die Deponien geäußert habe, als es um die Kappelmatte gegangen sei. Er wolle nun mitteilen, dass die Fraktionsmitglieder der CVP mit dem Bericht und insbesondere mit den verschiedenen Substanzen überhaupt nicht zurecht kämen. Klar sei aber, dass sich in diesen Deponien etwas befinde, das nicht gut sei. Deshalb sei es das Endziel der CVP, die Deponien auszuheben. Der Gemeinderat werde in allen diesbezüglichen Bemühungen ermutigt und unterstützt. Auch werde die CVP-Fraktion die Resolution der SP-Fraktion unterstützen. Er dankt Herr Dr. M. Forter für das hervorragende Referat und möchte ihn ermutigen, weiter an der Sache zu bleiben.

**Peter Hauser**, SVP-Fraktion, bedankt sich für die Ausführungen von Dr. M. Forter. Weiter ruft er in Erinnerung, dass im Jahre 2001 vom damaligen Landrat Alfred Zimmermann in Sachen Deponien das Akteneinsichtsrecht von der AUE in Liestal verwehrt worden sei. Ferner habe das Aktionskomitee „Chemiemüll weg“ vor 2 Jahren innert kürzester Zeit 2288 Unterschriften gesammelt und damit die Chemie-Industrie gebeten, die Deponien zu sanieren, resp. auszuheben. Die Besorgnis und das Interesse der Bevölkerung sei erkennbar. Es gehe um den Schutz und die Gesundheit von Bevölkerung und Umwelt. Deshalb stehe die SVP-Fraktion hinter dem Vorhaben, die Deponien wegzuschaffen. Die Chemie-Industrie werde immer seltsamer mit ihrer Hinhaltetaktik und den Berichten an die Öffentlichkeit, was man am Beispiel mit dem Kind mit den Händen im Wasser sehen könne. Sie solle ihre Verantwortung endlich wahrnehmen, wie dies z.B. auch die Eternit AG mit den Altlasten bezüglich des Asbestes als Vorbild vormache. Weiter bedürfe man nicht des Spruches, dass zur Zeit keine Gefahr bestehe für Mensch, Tier und Umwelt. Er wolle dies nicht hören müssen. Es sei von Vorteil, wenn der Einwohnerrat von Allschwil geschlossen hinter den Gemeinderäten von Neuwiler, Schönenbuch und Allschwil stehe, welche verlangen, dass die Deponien entfernt würden. Auch die Resolution werde man selbstverständlich unterstützen. Die SVP-Fraktion nimmt die Berichte von Dr. M. Forter und des Gemeinderates besorgt zur Kenntnis.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, führt aus, dass auch seine Fraktion das Gutachten der IG DRB studiert habe. Es sei befremdend, dass es sich dabei eigentlich um ein „gekauft Gutachten“ handle, da es doch nicht üblich sei, dass der Verursacher solcher Verschmutzungen auch zuständig für das Gutachten sei. Seiner Ansicht nach bestehe die Gefahr einer schleichenden Grundwasserverschmutzung für die Bevölkerung. Es sei bedenklich, wie die Chemie versuche, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Deshalb unterstütze man die Resolution ebenfalls, man sei sich hier schliesslich parteiübergreifend einig. Grundsätzlich müssten die bestehenden Chemiemüll-Deponien fachgerecht entsorgt werden, damit keine Rückstände mehr da seien. Erst dann könne man beruhigt sein. Der Bericht des Gemeinderates wird in diesem Sinne zur Kenntnis genommen.

**Dr. Ivo Corvini**, CVP-Fraktion, fragt beim Gemeinderat nach, weshalb man der Waffengleichheit wegen nicht auch die Gegenseite, also die IG DRB, zur Stellungnahme

eingeladen habe. Die vorliegende eine Meinung sei zwar sicherlich eine qualifizierte, trotzdem würde es ihn interessieren, was die Gegenseite zu sagen habe. Er möchte wissen, ob man die IG DRB nicht eingeladen habe, oder ob diese einer solchen Einladung nicht gefolgt sei.

**Robert Vogt**, Departementsvorsteher Tiefbau, teilt mit, dass sich die IG DRB auch gerne anerbieten hätte, vor dem Einwohnerrat zu sprechen. Man habe aber deshalb eine Einladung nicht als notwendig erachtet, weil der Bericht der IG DRB aussage, dass keine Gefahr für Mensch, Umwelt und Natur bestehe und somit keine weiteren Arbeiten nötig seien. Für ihn sei es aber wichtig, dass durch die Analyse eines Experten gezeigt werde, dass der Bericht der IG DRB in Frage gestellt wird. Ein Kreuzverhör, bei welchem sich die Experten gegenüberstehen, sei auf jeden Fall nicht machbar, dies gäbe eine endlose Diskussion. Wichtig sei auch, dass das AUE des Kantons Basel-Landschaft eine wichtige Rolle spiele. Dieses überwache stets z.B. den Mühlebach oder die Trinkwasserfassung und stelle dabei fest, dass sämtliche Grenzwerte nicht überschritten werden. Wäre letzteres aber der Fall, würde das AUE über Möglichkeiten verfügen, eine Sanierung herbeizuführen. Es handle sich zwar um sehr geringe Mengen an auslaufenden Substanzen, der Bericht von Dr. M. Forter habe aber gezeigt, dass Substanzen auslaufen und dies führe dazu, dass sich über die Jahre diese Substanzen im Allschwiler Boden anreichern würden. Dies sei für den Gemeinderat Grund genug, dass man darauf zu arbeite, dass dieses Material entsorgt werde. Zu ergänzen sei, dass nun die französischen Behörden den Bericht der IG DRB offiziell überprüfen und danach eine Stellungnahme an die Adresse der Allschwiler Behörden abgeben werden.

**Dr. Ivo Corvini**, CVP-Fraktion, drückt sein Bedauern darüber nochmals aus, dass man die Gegenseite nicht befragen könne. Dies nicht im Sinne eines Kreuzverhörs, sondern eher im Sinne der Waffengleichheit gedacht. Betreffend der Resolution führt er aus, dass er diese auch unterstützen könne, der Sinn einer Resolution aber per Definition eine „Meinungsausserung des Parlamentes nach aussen“ sei. Für ihn sei die vorliegende Resolution viel zu lang. Eine Resolution entfalte nur dann ihre Wirkung, wenn sie kurz und bündig verfasst sei. Die Meinung des Einwohnerrates und dass man informiert werden wolle sei klar. Man müsse aufpassen, dass man nicht zuviel Angriffsfläche mit der Resolution biete. Betrachte man diese genau, stehe z.B. im 2. Satz geschrieben, dass „giftige Stoffe seit bald 50 Jahren in die Bäche gelangen“ und „das Grundwasser verschmutzen“. Dies sei vielleicht tatsächlich der Fall, doch wissen die Anwesenden dies nicht mit Sicherheit. Die Chemie-Industrie werde dann aber ihrerseits sagen, dies stimme nicht. Es sei seiner Meinung nach aber irrelevant, ob es stimmt oder nicht, man wolle schlicht die Sanierung, egal ob sich dort Gifte befinden oder nicht. Man wolle, dass das Problem gelöst werde. Deshalb sei eine kürzere Resolution zu verabschieden. Er habe einen Vorschlag dazu erarbeitet. Dieser beinhalte das Bedauern, dass seit 8 Jahren nichts geschehen sei, weiter dass man eine Totalsanierung wünsche und die Bevölkerung über die Schritte informieren werde. Dies sei auch in etwa die Zusammenfassung der vorliegenden Resolution. Nur enthalte sie keine Wertungen. Sollten die Anwesenden aber von seinem Vorschlag nicht überzeugt sein, werde er auch der anderen Resolution zustimmen. (Seine Resolution wird per Folie aufgelegt). Erklärend erläutert Dr. Ivo Corvini kurz, dass der erste Abschnitt das Bedauern darüber ausdrücke, dass noch nichts geschehen sei, der zweite Abschnitt die Forderung nach der sofortigen Sanierung darstelle und der dritte Abschnitt besage, dass man darüber rechtzeitig und umfassend informiert werden wolle. Dies sei eine „Meinungsausserung“, welche mehr Wirkung erzeuge, als allfällige Zwischensätze, die möglicherweise ihrerseits wieder interpretationsbedürftig oder nicht ganz korrekt seien.

**Jürg Gass**, SP/EVP-Fraktion, erklärt, dass er hier anderer Meinung sei. Würde man die Resolution ausführlicher verfassen, weise dies darauf hin, dass man sich mit der Sache auseinandergesetzt habe. Die Chemie-Industrie solle wissen, dass der Einwohnerrat mit dieser Resolution etwas erreichen möchte. Auch solle gezeigt werden, dass darauf hin gewiesen werde, dass es in erster Linie um die Deponien Le Letten und Roemisloch gehe.

**Dr. Martin Forter**, stellt klar, dass die Verschmutzung des Grundwassers durch die Deponien ausser Frage stehe, dort gäbe es nicht mehrere Meinungen. Beim Grundwasser seien eindeutig

hohe Konzentrationen festgestellt worden. Was das Trinkwasser anbelange, dort sei zu erwähnen, dass es sich um niedrige Konzentrationen handle.

**Hanspeter Frey-Rieder**, FDP-Fraktion, erwähnt, dass aufgrund der Äusserungen von Gemeinderat Robert Vogt der Eindruck entstehe, dass Zweifel an der Glaubwürdigkeit des AUE herrschen würden. Auch seien Zweifel an der Glaubwürdigkeit entstanden, weil der Bericht der IG DRB durch die Partei selbst verfasst worden sei. Er will vom Gemeinderat wissen, wie dieser dann vorgehen werde, wenn die Gegenpartei am Zweifeln sei, zumal Herr Dr. M. Forter seiner Meinung nach auch „Partei“ sei, er verfasse schliesslich auch Gutachten für andere Institutionen. Weiter will er von Dr. M. Forter wissen, ob es sich um reine Chemiemüll-Deponien handle oder ob auch Hauskehricht oder Bauabfälle deponiert worden seien. Er fragt sich, wie die Kosten geteilt würden, wenn es nach dem Verursacherprinzip gehe würde. Und wenn er sehe, wie Bonfol saniert werde, sei anzumerken, dass man dort seit einem Jahr sanieren könnte, die Spezialisten aber seien sich darüber nicht einig und er frage sich deshalb, ob die Lösung des Ausgrabens tatsächlich der „Weisheit letzter Schluss“ sei. Weiter interessiere es ihn, wer die bis anhin angefallenen Kosten übernommen habe.

**Dr. Anton Lauber**, Gemeindepräsident, möchte zu den vorgängigen Fragen kurz Stellung nehmen. Es sei klarzustellen, was man vor sich habe. Letzten Sommer habe man von der Antea den Bericht zur Stellungnahme erhalten. Im derzeitigen Stadium ginge es nun nicht darum, ein Gegengutachten zu erstellen, sondern eine Stellungnahme zu diesem Bericht der Antea zu erbringen. In diesem Sinne habe Dr. M. Forter auch nicht den Auftrag erhalten, ein Gegengutachten zu erstellen, sondern sich mit dem Bericht der Antea kritisch auseinanderzusetzen. Hiermit sei klarzustellen, dass es nicht um subjektive Begriffe wie Vertrauenswürdigkeit etc. gehe, sondern um objektive Kritik am Bericht der Antea. Dr. M. Forter habe dazu den Auftrag erhalten, den für die Laien unlesbaren Bericht aus seinem Sachverstand heraus zu hinterfragen. Dasselbe habe auch das Büro Holinger getan, seinerseits beauftragt vom AUE Basel-Landschaft und nicht von der Gemeinde Allschwil. Somit zeige sich, dass auch das AUE an einer offenen Kritik an der Arbeit der Antea interessiert gewesen sei. Auch deshalb sei eine Art „Gerichtsverhandlung“ im vorliegenden Rahmen nicht notwendig, in welchem Pro und Kontra angehört werden könnten.

Weiter weist er darauf hin, dass die IG DRB eingeladen war zur Podiumsdiskussion von der IG „Chemiemüll weg“. Dort sei die Teilnahme von der IG DRB verweigert worden. Das weitere Vorgehen sei nun das folgende: Wie aus der Vorlage ersichtlich, habe man am 21. April 2006 in Frankreich bei der Préfecture du Haut-Rhin vorgesprochen. Diese sei auch für das weitere Vorgehen zuständig. Es werde ein Bestätigungs-Gutachten eingeholt werden, welches den Bericht der Antea wissenschaftlich hinterfragen und mit Gegenproben überprüfen werde. Der Auftrag von Dr. M. Forter und des Gemeinderates sei es gewesen, zu Händen dieser französischen Behörden, den „Trier-Experts“, welche am Schluss einen Entscheid zu fällen haben, den Bericht der Antea kritisch zu hinterfragen. Der Gemeindepräsident ruft in Erinnerung, dass es nicht um Vertrauen oder Glaubwürdigkeit gehe, sondern um objektive Bewältigung eines effektiv vorhandenen Deponievolumens dieser zwei Deponien.

**Dr. Martin Forter**, stellt bezüglich der Frage Hanspeter Freys nach der „reinen Chemiemüll-Deponie“ dar, dass man in den fünfziger Jahren den Chemiemüll nur in Kombination mit Bauschutt und -aushub hatte abkippen können, da er nicht verpackt gewesen sei. Der Chemiemüll sei vorerst offen oder in danach zu leerenden Fässern angeliefert worden. Als die Chemikalien dann mit Luft in Kontakt gekommen seien, hätten sie zu reagieren und schlussendlich zu brennen begonnen. Um dies zu verhindern, habe man in der Folge jeweils einen Lastwagen Chemiemüll in die Deponie gekippt und diesen dann mit zwei Lastwagen Bauschutt zugedeckt, um die Luftzufuhr zu verhindern. In diesem Sinne seien es keine reinen Chemiemüll-Deponien. Aber des Bauschuttes oder Hausabfalls wegen müsse man diese Deponien nicht untersuchen. Dies seien nicht die Problemstoffe, zumal damals in den fünfziger Jahren der Hausmüll noch nicht mit chemischen Stoffen versetzt gewesen sei. Dies sei erst seit Ende der Sechziger der Fall. Dort entstehe Methangas. Gemäss der eidgenössischen Verordnung über Altlasten und gemäss Ansicht des BAFU's – Bundesamt für Umwelt – seien Hausmüll-Deponien nicht mehr aktiv nach 50 Jahren, weil dann kein Methangas mehr entstehe.

Der Kostenteiler sei seiner Ansicht nach nicht relevant, allfälliger sauberer Bauaushub oder alter Hausmüll könne nämlich wieder in die Deponie zurückgekippt und dort belassen werden. Bezüglich dem Ausgraben als Lösung erwähnt er, dass man in den siebziger/achtziger Jahren oft versucht habe, solche Deponien mit so genannten Containments abzuisolieren, sie von der Umwelt abzutrennen. In den ersten Jahren habe dies immer relativ gut funktioniert, nach 10-15 Jahren aber seien diese Containments undicht geworden und die ganze Geschichte habe von vorn begonnen. Bonfol sei ein typisches Beispiel dafür. Dies sei nicht wie Le Letten eine Kiesgrube gewesen, sondern eine Lehmgrube, von der man ausgegangen sei, dass sie dicht ist. Dies sei aber nicht der Fall gewesen. In den achtziger Jahren habe die ganze Deponie gedroht abzurutschen, worauf man sie dort nach einer so genannten Containment-Lösung saniert habe. Dies habe nicht funktioniert, das Grundwasser bei der Deponie Bonfol sei massiv verschmutzt. Die einzige Möglichkeit, dies definitiv zu beseitigen, sei der Aushub der Deponie. Bezüglich der bisherigen Kosten seien diese seines Wissens nach von der IG DRB getragen worden, nachdem sie unter heftigem öffentlichen Druck im Jahre 2001 diese Untersuchungen habe aufnehmen müssen. Es sei aber nicht so gewesen, dass die Chemie-Industrie den Le Letten von sich aus untersucht habe.

**Peter von Arx**, SVP-Fraktion, bedankt sich bei Herrn Dr. M. Forter für die ausführlichen Informationen. Dieser habe grosse Erfahrungen mit den Chemiemüll-Deponien, habe er doch im Auftrag von Greenpeace auch Bonfol bewertet und dem Redner liege diese Studie vor. Im Rat sei man sich einig, dass diese Resolution verabschiedet werden soll. Dass sie kurz zu fassen sei habe Dr. Ivo Corvini eindrücklich dargelegt. Seiner Ansicht nach könne dies aber auch in den folgenden 3-4 Worten gesagt werden: „Der Dreck muss weg“. Deshalb könne seine Fraktion die ganze Sache nur unterstützen. Zu Hanspeter Frey möchte er sagen, dass er nicht glaube, dass es am Schluss eine Frage sei, wer bezahlt. Klar sei, es muss weg. Den finanziellen Aspekt würde er vorläufig weglassen und zusehen, dass man vorwärts machen könne. Seine Fraktion würde eine Kürzung der Resolution befürworten, im Sinne des Vorschlags von Dr. Ivo Corvini.

**Robert Vogt**, Departementsvorsteher Tiefbau, bittet die Anwesenden, die Resolution des Gemeinderates - bezüglich jener des Einwohnerrates werde er sich nicht einmischen – nicht zu verabschieden. Dies weil der Gemeinderat nicht die Möglichkeit gehabt habe, dazu inhaltlich Stellung zu nehmen.

**Christoph Morat**, 1. Vize-Präsident, erwähnt, dass der Zusatzantrag von Jürg Gass, vorliege und möchte von Dr. Ivo Corvini wissen, ob dieser, seiner Resolution wegen, ebenfalls einen Zusatzantrag stellen möchte. In diesem Falle müsste man darüber abstimmen, welche Version zu verabschieden sei.

(Dr. Ivo Corvini bejaht dies)

Der 1. Vize-Präsident schlägt deshalb vor, dass zuerst über die Kenntnisnahme über das ganze Geschäft, anschliessend über den Zusatzantrag von Jürg Gass und zum Schluss über den Wortlaut der Resolution abgestimmt wird.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, teilt mit, dass seiner Meinung nach die allfällige Resolution ausführlich zu gestalten sei. Deshalb verstehe er die Argumentation von Dr. Ivo Corvini nicht. Die grosse Arbeit, die dahinter steckt, soll ersichtlich sein. Er ziehe die Version von Jürg Gass vor. Es gehe hier nicht um die Partei – nicht darum, ob links oder rechts.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion, fügt an, dass alle Anwesenden verstünden, dass „der Dreck weg müsse“. Jene, die sich schon länger mit dieser Problematik auseinandersetzen wüssten, dass hier den Anwesenden einiges „über die Füsse laufe“. Er frage sich nun, wer dies alles lese. Nicht nur die Absender, sondern dies ginge auch hinaus an die Allschwiler Bevölkerung. Deshalb benötige es auch eine gewisse Hintergrundinformation, wie sie von der Resolution von Jürg Gass geliefert werde. Die Resolution sei eine Meinungsäusserung nach aussen und der Auftrag laute „Allschwil“.

Es wird wie folgt beschlossen:

://:

1. Der Einwohnerrat nimmt die oben stehenden Ausführungen **einstimmig zur Kenntnis**.
2. Der Einwohnerrat **beschliesst einstimmig** eine Resolution zu Handen der Konzernleitung der Basler Chemiefirmen mit nachfolgendem Wortlaut (Anhang).
3. Der Antrag „Der Gemeinderat wird eingeladen, eine Resolution gleichen Wortlauts zu verabschieden“ **wird zurückgezogen**. ((Ausführungen des GP dazu, 1.12.40))
4. Es wird mit **22 zu 12 Stimmen** die Resolution von Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, verabschiedet.

178      13.112      Nicht wiederverwertbare Abfälle

**2. Dringliches Postulat von Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion betreffend  
Totalsanierung der Chemiemüll-Deponien Le Letten und Roemisloch“  
Geschäft 3669**

---

**Dr. Guido Beretta**, FDP-Fraktion, führt aus, dass es nun zwar der Sache nach nochmals um das Selbe gehe, jedoch beim Adressaten ein grosser Unterschied bestehe. Man habe eben einer Resolution zugestimmt, die sich eindeutig an die Konzernleitungen der Basler Chemie-Firmen richte. Sein Dringliches Postulat aber lade den Gemeinderat ein, bei den zuständigen Instanzen - den Behörden – die Totalsanierung so schnell wie möglich zu verlangen, man könne nicht sagen, dies müsse im nächsten oder übernächsten Jahr der Fall sein. Aber es müsse eine fachgerechte Sanierung nach dem Verursacherprinzip garantiert werden. Das Verursacherprinzip sei für ihn, dass jene, die den Müll abgeladen haben, auch die Beseitigung zu berappen hätten. Es sei bekanntlich eine schwierige Ausgangslage. Die Deponien befinden sich im Ausland, man wisse nun, dass eine Gefährdung des Trinkwassers möglich sei, den Verursacher habe man aber im eigenen Land und die Finanzierung einer solchen Sanierung sei unklar. Er wolle den staatspolitischen Weg beschreiten, d.h. er möchte den Gemeinderat dazu auffordern, beim Kanton Basel-Landschaft vorstellig zu werden, damit dieser seinerseits beim Bund vorstellig werden kann. Dieser soll dann mit Frankreich Verhandlungen aufnehmen, um diese Angelegenheit ins Reine zu bringen. Mit seinem Vorstoss wolle er dem Gemeinderat den Rücken stärken. Er befürchte, dass es bei den finanziellen Fragen unter Umständen zu einer Auseinandersetzung vor irgend einem EU-Gericht kommen werde. Seiner Ansicht nach sei sein Vorstoss eine gute Ergänzung zur eben verabschiedeten Resolution. Von Herrn Dr. M. Forster habe man erfahren, dass es nebst all den Experten-Untersuchungen auch gesunden Menschenverstand benötige. Dieser werde seiner Erfahrung nach manchmal durch juristische Rahmenbedingungen etwas eingeengt. Deshalb wäre er froh, wenn das Postulat an den Gemeinderat überwiesen würde, damit dieser auf einer anderen Schiene - neben jener der Resolution – fahren könne.

**Robert Vogt**, Departementsvorsteher Tiefbau, stellt klar, dass der Gemeinderat das Postulat gerne entgegen nehmen würde.

**Christoph Morat**, 1. Vize-Präsident, möchte wissen, ob ein Gegenantrag im Raum stehe.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, merkt bezüglich des Verfahrens an, dass seiner Ansicht nach der Gemeinderat zuerst zu fragen sei, ob er ein Postulat entgegennehme. Die Diskussion könne man sich bei einer Annahme dann sparen.

**Christoph Morat**, 1. Vize-Präsident, erklärt, dass er dies vorgehabt habe. Deshalb habe er nach der Erklärung Robert Vogts gefragt, ob kein Gegenantrag bestehe. Es wird wie folgt beschlossen:

://:

Das dringliche Postulat **wird grossmehrheitlich überwiesen.**

179 01.030 Einwohnerrat  
01.020 Abstimmungen, Wahlen

**3. Bericht des Gemeinderates vom 29. März 2006 betreffend  
Wahl eines Mitglieds in das Wahlbüro anstelle des zurückgetretenen  
Peter Hofer-Bodenehr für den Rest der laufenden Legislaturperiode  
(bis 30. Juni 2008) Geschäft 3660**

---

://:Für den per 30. Juni 2006 zurückgetretenen Peter Hofer-Bodenehr wird als Mitglied in das Wahlbüro für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30. Juni 2008) in stiller Wahl **Urs Pozivil** gewählt.

MITTEILUNG AN

Urs Pozivil (als Wahlanzeige)  
Hanspeter Frey, Präsident FDP  
Hans-Peter Mohler, Präsident Wahlbüro  
Daniela Jörin, Kommissionsverzeichnis

PAUSE

FRAGESTUNDE

**Robert Vogt**, Departementsvorsteher Tiefbau, beantwortet die Frage von Dr. Ivo Corvini betreffend „Eintrittsgeld für die Benutzung der Allschwiler Waldes?“ wie folgt: 1. Die Fragen betreffend Allschwiler Wald seien von den Medien an ihn gestellt und auch korrekt wiedergegeben worden. 2. Der Gemeinderat sei nicht informiert worden. Der Grund sei, dass bei den stattfindenden Sitzungen „Arbeitsgruppe Freizeit im Allschwiler Wald“ mit Gemeinderat Roman Meury und ihm selbst zwei Delegierte des Gemeinderates beisitzen. Da dessen Protokoll aber erst mit einigen Wochen Verzögerung im Gemeinderat behandelt werde, habe er diese Informationen, da er ebenfalls Beisitzender im Bürgerrat Allschwils ist, relativ frühzeitig erhalten. Deshalb habe er die Medien auch informieren können, ohne dass dies der Gemeinderat gewusst hätte. Er erachte dies nicht als schlimm, da es sich, um auf 3. überzugehen, dabei nur um Ideen handle. So sei auch das Eintrittsgeld in den Allschwiler Wald nur eine Idee. Fussgänger sollen sicherlich auch in Zukunft kein Eintritt bezahlen müssen. Vielmehr ginge es darum, dass wenn z.B. „Biker“ eine Bahn im Allschwiler Wald wünschten, diese seiner Ansicht nach für die zur Verfügung gestellte Bahn zu bezahlen hätten. Im Medieninterview sei dies entsprechend ausgelegt worden. Grundsätzlich aber werde eine solche Massnahme selbstverständlich nur umgesetzt, wenn auch der Gemeinderat und der Einwohnerrat diese bejahen würde. Man werde im Allschwiler Wald nichts umsetzen, ohne dass es die Anwesenden erfahren würden. Zur Frage 4 führt er aus, dass keine Verhandlungen über irgendwelche Abgeltungen mit dem Kanton Basel-Stadt aufgenommen worden seien. Sondern wenn das Freizeitkonzept zum Allschwiler Wald aufgelegt werde, könne man den Anwesenden diese Massnahmen im Detail vorstellen und anschliessend diese mit Anwohnern und Betroffenen verhandeln.

**Dr. Ivo Corvini**, CVP-Fraktion, fügt die Nachfrage an, ob es betreffend der Kompetenzen zwischen der Einwohnergemeinde und der Bürgergemeinde über den Allschwiler Wald schon Konflikte gegeben habe bei jenen, die sowohl dem Bürgerrat als auch dem Gemeinderat beisitzen.

**Robert Vogt**, Departementsvorsteher Tiefbau, verneint und erklärt, dass es diesbezüglich eine klare Abgrenzung gebe. Die Bürgergemeinde Allschwil sei Waldeigentümerin und Nutzerin, die Einwohnergemeinde sei aber zuständig für hoheitliche Aufgaben wie z.B. polizeiliche Aufgaben. Dank dieser klaren Abgrenzung habe es nie Probleme gegeben. Wichtig sei auch, dass in der erwähnten Arbeitsgruppe sowohl Mitglieder des Gemeinderates als auch des Bürgerrates vertreten seien.

**Saskia Schärer**, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste und Sicherheit, beantwortet die Frage von Claude Rothen, SP/EVP-Fraktion betreffend Parkplatzbewirtschaftung. In Basel gäbe es schon lange eine restriktive Parkplatzbewirtschaftung, ohne dass dies für Allschwil spürbare Auswirkungen hätte. Deshalb gehe man davon aus, dass sogar eine Verdoppelung der Gebühren in Basel sich nicht auf Allschwil auswirken werde. Anwohner wollen möglichst nahe an ihrer Wohnung parkieren, auch eine Gebühr von CHF 240.- pro Jahr sei immer noch sehr wenig. Bezüglich der Pendler sei zu beachten, dass sich die meisten Arbeitsplätze in Basel befinden. Trotzdem könne man davon ausgehen, dass nur eine relativ kleine Anzahl Personen in Allschwil auf die öffentlichen Verkehrsmittel umsteige, diese würden vor allem entlang der Baslerstrasse parkieren. Anhand der Kontrollschilder sei ersichtlich, dass diese Pendler nicht in die Wohnquartiere hineinfahren. Man rechne auch nicht damit, dass die in Binningen geplanten Massnahmen stärkere Auswirkungen auf Allschwil haben werden. Auch dort gäbe es nur eine kleine Anzahl Pendler, die weiter in Richtung Stadt Basel gehen wollen. Mit dem Parkieren alleine sei es ja noch nicht erledigt. Man müsse dann noch auf die Öffentlichen Verkehrsmittel umsteigen, was auch wieder sowohl Geld als auch Zeit koste. Dies würden die Pendler nicht aufbringen wollen. Zudem mache ein Weiterpendeln von Allschwil nach Basel nur dann Sinn, wenn der Arbeitgeber in der Nähe einer gut zu erreichenden Haltestelle sei. Dies habe eine Umfrage gezeigt im Zusammenhang mit dem nahe der Grenze geplanten Parkhaus in Hegenheim. In Allschwil habe man kein Problem bezüglich Pendlersuchverkehr, sondern ein Durchfahrer-Problem. Eine punktuelle Einführung von Massnahmen entlang der Baslerstrasse in Form von Parkkarten und gebührenpflichtigen Parkplätzen würde die Umsteiger erst recht dazu zwingen, in den Quartieren nach Parkplätzen zu suchen. Die flächendeckende Einführung von Parkkarten in ganz Allschwil wäre eine unverhältnismässige Massnahme. Für weitere Details verweist sie auf den Bericht der Verkehrskommission zu Händen des Gemeinderats, welche letzterer weiter verabschiedet hat zu Händen des Einwohnerrates. Dieser habe ihn letzten November eingehend diskutiert.

**Claude Rothen**, SP/EVP-Fraktion, möchte wissen, ob erhobene Zahlen betreffend dieser Umsteiger existieren. Seiner Ansicht nach sei das Thema verniedlicht worden, er beobachte einen starken täglichen Suchverkehr in den Quartieren, z.B. an der Parkallee nahe der Baslerstrasse. Die Nummernschilder der dort parkierten Autos liessen darauf schliessen, dass es sich um Personen handle, die in der Stadt arbeiten und dazu ihr Auto dort parkieren. Für ihn handle es sich nicht um ein kleines Problem und er will wissen, ob es Zahlen dazu gäbe.

**Saskia Schärer**, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste und Sicherheit, erläutert, dass es keine genauen Zahlen gäbe, die Gemeindepolizei aber sehr häufig auf der Strasse sei, sich darauf achte und anhand der Kontrollschilder erkennen konnte, dass ein Ausweichen nicht stattfinde. Auch in Allschwil arbeiten Personen, die von auswärts kommen. Dies seien keine Pendler, sondern diese arbeiten hier. Deshalb könne es auch vorkommen, dass in den Quartieren Autos mit auswärtigen Nummernschilder abgestellt würden. Genaue Zahlen könne sie aber keine nennen.

**Saskia Schärer**, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste und Sicherheit, führt zur Frage Jean-Jacques Winters, SP/EVP-Fraktion, betreffend des Artikels in der Basler Zeitung mit Titel „Die Polizei rüstet auf“ aus, dass der Gemeinderat über diesen Artikel nicht sehr erfreut gewesen sei. Einfaches Zitieren von Zahlen ohne Hintergründe bringe nichts. Zudem seien die Zahlen in mindestens einem Fall nicht korrekt gewesen, es sei schlecht recherchiert worden. Der für Pratteln genannte Betrag von CHF 130'000.- entstamme dem Budget, und nicht jenem Betrag, der eingegangen sei. Dieser belaufe sich nur auf CHF 97'000.-. Zur Erklärung der unterschiedlichen Zahlen des Berichts könnten verschiedene Gründe genannt werden. Ausser

Allschwil verfügen alle zitierten Gemeinden über ein eigenes Radargerät und die zugehörige Infostruktur wie Software zur Nachbereitung der Kontrollen. Muttenz und Reinach verfüge gar über zwei fest installierte Radargeräte. Allschwil habe letztes Jahr das Gerät aus Liestal während zweier Messperioden von Total 12 Tagen gemietet. Während dieser Zeit seien an 20 verschiedenen Stellen Messungen gemacht worden. Da in Allschwil aber die Infrastruktur zur Nachbereitung fehle, würden die Gemeindepolizisten versuchen, die fehlbaren Lenker vor Ort anzuhalten und auf die Übertretung aufmerksam zu machen. Dadurch seien die Radarkontrollen aufwändiger, es können später auftretende Probleme aber vermieden werden. Der Personalaufwändigkeit wegen könne man diese Kontrollen aber nicht stetig durchführen, sondern man müsse auf Abwesenheiten wegen Ferien, Krankheit etc. Rücksicht nehmen. Sie erinnert daran, dass letztes Jahr ein Gemeindepolizist während längerer Zeit gefehlt habe, weil er im Dienst bei einem Zwischenfall mit einem Auto während des Kinderfasnachtumzuges verletzt wurde. Wenn solche Dinge geschehen, sei eine Radarkontrolle für eine gewisse Zeit nicht mehr möglich. Deshalb könnten Radarkontrollen nicht durchgeführt werden, obschon man ein Gerät mieten könnte. Letztes Jahr habe man für die 20 Radarkontrollen 40 Mannstunden reine Kontrollzeit aufgewendet. Für die manuelle Nachbereitung seien mindestens nochmals 20 Stunden verwendet worden. Ein weiterer im Artikel genannter Unterschied ergebe sich daraus, dass die meisten anderen Gemeinden die Tempo-30-Zonen schon zumindest teilweise eingeführt haben. Eine Tempo-30-Zone sei für Busseneinnahmen sozusagen „rentabler“ als wenn diese Zonen nicht vorhanden seien, da sich viele Autofahrer an diese Limite nicht halten können. Weiter komme hinzu, dass in Allschwil die grossen Verkehrsströme über die Kantonsstrassen führen und gemäss Weisung und Vereinbarung mit dem Kanton die Gemeindepolizei dort keine Geschwindigkeitskontrollen durchführen.

Es könne über die Zahlen diskutiert werden, für sie sei aber der wichtige Punkt, dass diese Zahlen gar nicht von Bedeutung seien. Man messe die Leistung und Qualität der Arbeit der Gemeindepolizei Allschwil nicht daran, wie viel Bussen sie erteile. Sie habe andere, wichtigere Aufgaben. Sie sei v.a. dazu da, die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten und Ansprechpartner zu sein. Und dazu sei die Kontrolle von Verkehrsregeln nur ein kleiner Teil. Die Ordnungsbussenanzahl in der Gemeinde Allschwil habe man alleine durch gewisse Massnahmen der Neusignalisierung senken können Ein gutes Beispiel sei die Verzweigung „Im Brühl-Werkstrasse“, mit den dortigen zwei neuangebrachte Halteverbotslinien. Bevor diese angebracht worden seien, habe man dort zirka 80 Ordnungsbussen ausstellen müssen, zurzeit seien es 16 seit der Markierung. Dies sei für sie ein Erfolg, auch wenn dadurch weniger Einnahmen generiert worden seien. Auf der Bussenstatistik 2005 (aufgelegte Folie) sei erkennbar, dass 32% Bussen im Fahrverkehr ausgesprochen worden seien, Parkbussen 56% und Radarbussen 12%. Zur Frage bezüglich der Verteilung der Arbeiten könne generell gesagt werden, dass die Gemeindepolizisten rund 60% ihrer Arbeitszeit auf der Strasse verbringen - was ein doch grosser Anteil sei. Wenn sie im Büro arbeiten, sei die zu verrichtende Arbeit sehr vielfältig. So würden aktuell die Vorbereitungsarbeiten für eine allfällige Tempo-30-Zone im Gange sein. Sehr oft würden Fragen der Bevölkerung zur Verkehrssicherheit beantwortet, entweder Fragen, die sie direkt erreichen oder über die Hauptabteilung Tiefbau/Umwelt. Zudem sei die Polizei zuständig für die Hundehaltung innerhalb der Gemeinde, wo viele Befragungen durchgeführt und Verfügungen erlassen werden müssen. Zwei grosse Brocken des letzten Jahres seien das Dorffest und der erste Basler City-Marathon gewesen. Man könne sehen, dass auch wenn sie im Büro seien, sehr viel Arbeit auf sie zukomme. Für weitere Einzelheiten verweist sie auf den Leistungsbericht 2005. Zur Verflechtung der Aufgaben der Gemeindepolizei und der Kantonspolizei sei zu sagen, dass die per Gesetz festgelegten Aufgabenbereiche grundsätzlich unterschiedliche seien. Die Zuständigkeit der Gemeinde sei im Gemeindegesetz unter den § 42-44 zu finden. Weiter liessen sich auch Bestimmungen zur Zusammenarbeit im kantonalen Polizeigesetz finden. Zu den einzelnen Aufgaben verweist sie nochmals auf den Leistungsbericht 2005, vor allem Ziff. 562, dort seien die Aufgaben ausführlich geschildert. Bis vor kurzem sei die Zusammenarbeit der Gemeindepolizei und der Kantonspolizei sehr gut gewesen. Im Rahmen der Sparmassnahmen habe der Kanton nun aber die Absicht geäussert, in Zukunft den Gemeinden jene Einsätze, bei welchen die Kantonspolizei zu Gunsten der Gemeinde tätige, in Rechnung zu stellen. Dagegen wehre man sich, man habe vier Gemeindepolizisten, welche dank Pikettdienst rund um die Uhr erreichbar seien. Man sehe keine Aufgaben, welche die Kantonspolizei für die Gemeindepolizei in

Gemeindeangelegenheiten zu übernehmen bräuchte. Die Reaktion der Gemeinde habe dazu geführt, dass man mit dem Kanton so verblieben sei, dass dieses Jahr als Probelauf angesehen werde und so festgelegt werden solle, welche Einsätze wie oft allenfalls gegenseitig verrechnet werden könnten. Am Ende des Jahres würden die gesammelten Daten analysiert werden.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion, möchte betreffend den Äusserungen von Saskia Schärer wissen, wie es im Punkt 2 zu verstehen sei, wie dank einer Direktverarbeitung später auftretende Probleme vermieden werden könnten.

**Saskia Schärer**, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste und Sicherheit, antwortet, dass damit gemeint sei, dass sich so z.B. niemand bei der Betrachtung des Fotos hinterher auf das Zeugnisverweigerungsrecht berufen könne oder im Ausland wohnhafte Personen aufwendig ermittelt werden müssten. Diese Probleme können vor Ort umgangen werden.

**Roman Meury**, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, führt bezüglich der Frage von Josua Studer, SVP-Fraktion, zu den allfälligen Baueinsprachen gegen das Begegnungszentrum aus, dass zwei Einsprachen eingegangen seien. Die eine vom Bauinspektorat Abteilung Hindernisfreies Bauen sei eine Administrativ-Einsprache gewesen, dazu sei bloss eine kleine Korrektur an den WC-Kabinen nötig gewesen. Die zweite Einsprache aber sei vom Eigentümer einer Nachbarparzelle, diese sei problematischer. Der Gemeinderat gehe davon aus, dass damit auf Probleme aufmerksam gemacht werden möchte, die man sonst mit der Gemeinde habe und die Einsprache dazu benützt, sich Aufmerksamkeit zu verschaffen. Die dort vorliegenden sechs Einwände werde er kurz erläutern. 1. Habe das Gebäude gegenüber den alten Gebäuden eine eigenwillige Form, er erinnert an die Ambossform. 2. Die verschiedenen Einfriedungen wie Hecken, Bretter, Zäune etc. könnten die freie Aussicht zwischen Bachgraben und Hegenheimermattweg beeinträchtigen, und seien gar nicht zulässig. Er fügt bei, dass man aber heute solche Einfriedungen habe, und später keine anderen kommen werden. 3. Würde damit die freie Sicht auf den „Bachgrabenpark“ verhindert, weshalb das Gebäude nicht zonenkonform sei. 4. Die Oberflächenstruktur der Fassade, eine Holzfassade, sei extravagant und könne den ästhetischen Anforderungen an einen Neubau nicht entsprechen. 5. Die Anzahl Autoabstellplätze für einen Neubau sei nicht ausreichend. 6. Habe es auf dem Dach eine kleine Terrasse, dessen Geländer Gefahren mit sich bringe. Dies könnte problemlos bereinigt werden. Bezüglich Josua Studers zweiter Frage, ob diese Einsprache Erfolg haben könnte, könne er mit einem klaren „Nein“ antworten. Dies habe man nach den obigen Ausführungen selbst abschätzen können. Das Zonenreglement Siedlung regle gewisse Parameter wie Geschosshöhe, Gebäudehöhen etc., welche aber hier gar keine Gültigkeit haben, weil man sich beim Begegnungszentrum in einer ÖW-Zone befinde. Erfüllt sein müssten Grenzabstände, Baulinien etc., und diese seien alle eingehalten. Ästhetikartikel kenne das Zonenreglement Siedlung gar nicht. Diese Argumente würden sich deshalb auch in Rauch auflösen. Diese Einsprache werde also eindeutig als solches nicht Erfolg haben. Aber, falls dies ein Erfolg wäre, und um zur vierten Frage zu kommen, sei eine zeitliche Verzögerung möglich. Am Montag, 22. Mai 2006, werde eine Delegation des Gemeinderates mit der Einsprecherin eine Verhandlung führen in der Hoffnung, dass die Einsprache zurückgezogen würde. Sollte dies nicht gelingen, müsste die Einwohnergemeinde beim Bauinspektorat einen Entscheid verlangen, was zirka einen Monat dauern werde. Sollte dieser weiter gezogen werden, gäbe es eine Verhandlung vor der Baurekurskommission, welche ihrerseits 5-6 Monate dauern könne. Würde dessen Entscheid wiederum weiter gezogen, gäbe es eine Verhandlung vor dem Kantonsgericht, dies daure ebenfalls 5-6 Monate. Würde man vor das Bundesgericht gehen, würde wieder ein Jahr verstreichen. Von dort könne man auch noch an den EU-Gerichtshof gehen. Man könne also erkennen, dass die Verhandlung am folgenden Montag sehr entscheidend sei, damit das Begegnungszentrum innert nützlicher Frist realisiert werden könne.

**Josua Studer**, SVP-Fraktion, bedankt sich für die Ausführung und drückt sein Vertrauen darüber aus, dass die Delegation des Gemeinderates Erfolg haben werde.

**Kurt Kneier**, CVP-Fraktion, erläutert, dass er sich daran erinnern möge, dass vor kurzer Zeit die Oberwilerstrasse wegen Bauarbeiten gesperrt gewesen sei. Nun sei dies schon wieder der

Fall. Dazu habe er folgende zwei Fragen. 1. Warum nun schon wieder eine Baustelle? 2. Habe er gesehen, dass sich auf der Gegenfahrbahn, 22, 5 cm neben der erneut aufgerissenen Stelle, Frostschäden befinden und er möchte wissen, ob diese Frostschäden im Verlaufe der momentanen Arbeiten erledigt würden oder ob es dazu einer weiteren Baustelle bedürfe.

**Robert Vogt**, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, erklärt, dass er diese Frage zu diesem Zeitpunkt nicht beantworten könne, er aber selbstverständlich der Sache bis zur nächsten Einwohnerratssitzung nachgehen werde.

**Sarah Lorenz**, CVP-Fraktion, bemerkt, dass die Präsidentin Iris Zihlmann-Glanzmann zum dritten Mal nicht anwesend ist und sie möchte wissen, ob der Einwohnerrat noch eine Präsidentin habe, welche ihre Aufgaben und Pflichten wahr nimmt und ob man sich den 23. Juni freihalten dürfe oder nicht.

**Christoph Morat**, 1. Vizepräsident, erläutert, dass die Fragestunde eigentlich dazu gedacht sei, Fragen an den Gemeinderat zu stellen, trotzdem werde er kurz darauf eingehen. Iris Zihlmann habe sich am Vortag krankheitshalber abgemeldet. Sie sei aber bis und mit 30. Juni 2006 gewählte Präsidentin des Parlamentes. Er wünsche ihr auf diesem Wege gute Besserung und hofft, sie werde die letzten beiden Sitzungen ordnungsgemäss führen und ihr Amtsjahr mit einem Fest am 23. Juni 2006 beenden können. Er bittet, sich dieses Datum frei zu halten, Iris Zihlmann sei krankheitshalber nicht in der Lage gewesen, entsprechende Einladungen rechtzeitig zu verschicken. Der Anlass werde aber sicher durchgeführt.

**Jürg Gass**, SP/EVP-Fraktion, möchte von Saskia Schärer, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste und Sicherheit, wissen, ob man sich des Problems bewusst sei, dass in der Parkallee, v.a. in der Region Dürrenmattweg/Baslerstrasse, viele Autos links und rechts parkieren und somit fraglich ist, ob Sicherheitskräfte wie Rettungsfahrzeuge passieren können.

**Saskia Schärer**, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste und Sicherheit, erläutert, dass es grundsätzlich Sache des Feuerkommandanten sei, die kritischen Strassenzüge Allschwils zu beachten und bei Notwendigkeit zusammen mit der Gemeindepolizei Lösungen zu suchen und zu finden. Dank der vielen Übungen und Einsätzen der Feuerwehr kenne diese das Strassennetz ausserordentlich gut. Die erwähnte Strasse habe bisher nicht zur Sorge Anlass gegeben. Trotzdem sei zu erwähnen, dass keine explizite gesetzliche Regelung bestehe betreffend einer minimalen Durchfahrtsbreite. Aber könne man aus Art. 18 Abs. 2 lit. c des Strassenverkehrsgesetzes ableiten, dass eine Durchfahrt von mindestens 3 Metern frei zu halten sei. Neben einer Sicherheitslinie dürfe man demnach nur anhalten, wenn diese 3 Meter frei blieben. Bei der Einfahrt Dürrenmattweg habe der entsprechende Strassenabschnitt eine Gesamtbreite von rund 6.8 Metern. Gehe man von einem durchschnittlichen Personenwagen aus, habe dieser inklusive Seitenspiegel eine Breite von rund 1.9 Metern. D.h. im Falle, dass zwei Autos korrekt am Strassenrand parkieren würden, sollte eine Restbreite von 3 Metern frei bleiben, womit es keine Probleme gäbe. Die Gemeindepolizei kontrollierte aber hinsichtlich dieser Sitzung diese Stelle am 15. Mai 2006 und musste feststellen, dass zwei Fahrzeuge sehr weit vom Strassenrand weg parkiert waren. Übrig blieb zur Durchfahrt eine Lücke von 2.5 Metern, was bei der Breite des Feuerwehrwagens von 2.55 Metern gerade nicht ausreiche. Deshalb sei ihres Erachtens Handlungsbedarf vorhanden und man werde der Sache weiter nachgehen.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, erwähnt dass im Terrain der Grünfeldstrasse 18 der Gemeinderat veranlasst habe, ein kostenträchtiges Trottoir zu bauen. Die Gemeindearbeiter seien zirka seit einer Woche beschäftigt. Es handle sich bei der Grünfeldstrasse um eine Sackgasse und deshalb sei diese praktisch nur durch den Anlegerverkehr befahren. Ansonsten gäbe es dort keinen Verkehr, und Kinder würden auf diesem Kehrplatz ebenfalls spielen. Er wolle nun wissen, was den Gemeinderat veranlasst habe, dieses kostenträchtige Trottoir erstellen zu lassen, ob diese Massnahme nicht jedem haushälterischen Umgang mit Steuergeldern und ob damit Arbeitsbeschaffung für die Gemeindearbeiter betrieben werde.

**Robert Vogt**, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, führt dazu aus, dass diese Situation intensiv untersucht worden sei und man habe festgestellt, dass diese Stelle sehr unübersichtlich sei. Die Gefahr habe man durch dieses Trottoir entschärfen können. Für ihn sei dies zweckmässig, zumal diese Baute eine Lebensdauer von 50 - 100 Jahren habe, womit es Sinn mache, ein paar tausend Franken zu investieren. Er habe sich davon überzeugt, dass es sinnvoll und sicher nicht verschwendetes Geld sei.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, fügt an, dass diese Ansicht subjektiv sei und er nach wie vor nicht damit einverstanden sei. Er habe die Antwort zur Kenntnis genommen und werde sie so weiter geben, evtl. würden auch die Medien darüber berichten.

**Ursula Pozivil-Pfister**, FDP-Fraktion, erwähnt, dass sie vergangene Woche am Claraplatz den Maibaum gesehen habe. Dabei sei es ihr in den Sinn gekommen, dass Dr. Anton Lauber letztes Jahr einen solchen versprochen habe und sie sich frage, wo dieser nun sei.

**Dr. Anton Lauber**, Gemeindepräsident, erläutert, dass er nichts versprochen habe. Er habe damals gesagt er hoffe, seine Lebenspartnerin Frau Steiger dafür motivieren zu können, zusammen mit der IB Dorf diesen Maibaum zu pflanzen. Obschon er von ersten Abklärungen gehört habe sei ihm dies bis anhin nicht gelungen, womit ersichtlich sei, dass er privat eine andere Funktion bekleide als in der Politik.

180 04.010 Kindergarten

#### **4. Bericht des Gemeinderates vom 11. April 2006 betreffend Einrichtung und Betrieb eines Tageskindergartens in Allschwil Geschäft 3488**

---

**Heinz Giger**, Departementsvorsteher Bildung/Erziehung/Kultur, führt aus, dass er und Frau Weishaupt vor gut einer Woche die Gelegenheit erhalten habe, dieses komplexe Thema „Einrichtung und Betrieb eines Tageskindergartens“ den Anwesenden vorstellen zu können. Dafür bedankt er sich nochmals. Die damals verbliebenen Fragen werde er nun noch beantworten können. Zwei dieser Fragen habe er schriftlich beantwortet. Die im Vorlauf dieser Sitzung geführte Kommunikation habe ihn sehr zufrieden gestellt. Er fasst dies kurz nochmals zusammen, unter anderem deshalb, weil der Einladung zum Vorgespräch nicht alle Fraktionen gefolgt seien.

Er präsentiert (durch Folien begleitet) erstens die Massnahmenplanung des Gemeinderates, welche die Ausgangslage für dieses Projekt darstelle. Dabei vertritt der Gemeinderat betreffend der Ziele die Meinung, dass Betreuungsangebote auf den Stufen Kindergarten und Primarschule anzustreben seien. Der Gemeinderat zeige hier klar, dass er die Realitäten des Lebens erkenne und bereit sei, öffentliche Massnahmen vorzuschlagen, was nun mit dieser Vorlage getan werde.

Zweitens präsentiert er die gemachten Überlegungen. Der Tageskindergarten soll vorerst auf die Dauer von drei Jahren befristet sein. Für den Gemeinderat zähle klar das Prinzip der Kostendeckung. Die Berechnungsgrundlage für die Elternbeiträge sei aus den Grundlagen der Blockzeiten entstanden. Weiter bestimme das Bildungsgesetz - womit dem Gemeinderat kein Spielraum gegeben sei – für einen Tageskindergarten eine Klasse von mindestens acht, maximal 21 Kindern.

Drittens erläutert er bezüglich der Kosten, dass damit gerechnet werden dürfe, dass der Bund für ein Projekt Tageskindergarten eine Anstossfinanzierung geben werde. Dies habe der Bund bereits ein erstes Mal getan. Eine erste Tranche werde per 31.1.2007 auslaufen, eine zweite Tranche werde gegen Ende Jahr vom Bundesparlament beschlossen werden. Die maximalen Kosten *ohne* die Bundessubventionen würden sich für die Gemeinde Allschwil insgesamt für die drei Jahre, bei einer Belegung im „Worst-Case“-Ausmass, also von acht Kindern - wobei er davon ausgehe, dass man auf 21 Kinder käme -, auf CHF 324'480.- belaufen. Gemäss Gerüchten belaufe sich die zweite Tranche Bundessubventionen auf 60 Millionen bis 200

Millionen, dann werde man sich um eine Tranche bewerben können, was die Kosten wiederum senken werde. Der Einwohnerrat müsste auf jeden Fall aber zuerst diesen Kredit bewilligen. Die vierte Folie zeige das weitere Vorgehen im Falle eines Gutheissens des Antrages durch den Einwohnerrat.

Bezüglich der noch im Raum stehenden oder noch kommenden Fragen müsse klargestellt werden, dass bei einem Versuch, wie es dieses Pilotprojekt auch sei, nie alle Fragen exakt beantwortet werden können. Neue Situationen würden jeweils neue Lösungen erfordern. Betreffend der Frage aus der Fraktion „Was, wenn kein Bedarf mehr nach einem Kindergarten besteht“. Dies sei ganz klar in der öffentlichen Urkunde geregelt, diese besagt: Eine Fremd- und Umnutzung, die den Wohnzwecken des übrigen Gebäudes zuwider läuft, ist nicht erlaubt. Zur Frage, weshalb man nicht andere Varianten der Kinderbetreuung beachtet habe, verweist Heinz Giger in Analogie auf die Verhältnisse des Mittagstisch. Das Problem würde bei der Qualität und der Organisation liegen. Deshalb habe man hier ein Projekt der öffentlichen Hand gewählt. Dahinter stehe ein pädagogisches Konzept. Zudem soll eine ausgewogene Ernährung und eine Förderung der Bildung der Kinder gewährleistet werden. Die Frage, was denn exakt ein Sozialpädagoge, eine Sozialpädagogin sei, habe er das Internet konsultiert und verweist dazu auf seine Folie.

Er bittet die Anwesenden, das Geschäft zu überweisen.

## EINTRETENSDEBATTE

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, plädiert für Nichteintreten. Nach dem Begegnungszentrum würden nun immer mehr Begehrlichkeiten geweckt. Nun versuche man es weiter. Würde sich diese Vorlage kostenneutral verhalten, hätte man nichts dagegen. Doch schon bei den Bedarfsabklärungen bei Allschwiler Eltern und Unternehmern frage er sich, was dies die Unternehmer angehe, wenn diese nichts zahlen wollen. Zudem habe man bei diesen Abklärungen nicht die ganze Bevölkerung befragt. Wer Kinder auf die Welt setze, soll diese nicht elegant auf Kosten der Steuerzahler abschieben können. Jene, die diesen Tageskindergarten wünschen, sollen darauf verzichten, Kinder zu bekommen. Die einzige Vorreiterrolle im Bezirk Arlesheim, die der Gemeinderat Allschwil noch habe, sei jene, wie man Schulden mache. Man solle hier nochmals über die Bücher gehen. Die Wirtschaft solle sich hier beteiligen. Bei Personen, die von der Sozialhilfe leben, frage er sich bezüglich des Sachantrages der SP-Fraktion, wieso deren Kinder in einen Tageskindergarten müssten, diese Mütter hätten ja genügend Zeit ihre Kinder selber zu betreuen. Seine Fraktion sei gegen das Geschäft.

://:

Mit 26 zu 8 stimmen wird auf das Geschäft eingetreten.

## DETAILBERATUNG

**Felix Keller**, CVP-Fraktion, bedankt sich bei Heinz Giger und Charlotte Weishaupt für die vorgängigen Gespräche. Das vorliegende Geschäft sei Teil eines Puzzles. Der erste Schritt sei die Einführung des Blockzeitenunterrichtes an den Primarschulen gewesen, als zweiter Schritt stünde nun dieser Tageskindergarten an. Als logische Konsequenz davon müsste danach auch noch die Tagesschule kommen, denn die Kinder müssten nach Übertritt aus dem Kindergarten in die Schule ja weiter betreut werden. Das Grundkonzept sei eine tolle Sache und steigere die Attraktivität der Gemeinde Allschwil. Die CVP werde zu diesem Projekt die Zustimmung erteilen, zumal es sich vorderhand um ein Pilotprojekt handle. Man habe das Projekt auch kritisch hinterfragt, und wolle, nachdem man die positiven Punkte nun gehört habe, nun noch die kritischen dazu äussern. Es seien nur maximal 20 Eltern, die von diesem Angebot profitieren werden. Eltern, die z.B. Job-Sharing betreiben würden, müssten ihr Kind nur 1 – 2 Tage weggeben. Solche Kinder würden den Tageskindergarten nicht gebrauchen können, sondern nur solche, die ihn 100% benötigen. Wenn nun der Kindergarten nur mit 10 Kindern gefüllt sei, müsse er aber dann mit solchen Kindern aufgefüllt werden, die über Mittag nach Hause gehen. Zur ökonomischen Seite müsse man sich im Klaren sein, dass solch ein Tageskindergarten sehr viel Geld koste. Es sei toll, dass er für 21 Kinder kostendeckend sei und er hoffe, dass es

so laufen werde. Sollten es weniger sein, könne noch auf die Bundessubventionen gehofft werden, damit der Kindergarten für die Gemeinde selbsttragend bleibe. Dies sei für seine Fraktion wichtig. Wären es nur 15 Kinder, würde dies die Gemeinde schon CHF 15'000 kosten, also pro Kind CHF 3'000. Rechne man mit 8 Kindern, seien es schon 108'000 Franken, was pro Kind pro Jahr 13'500 Franken ausmachen würde. Da sei zu überlegen, ob man die Kinderbetreuung nicht gleich direkt finanzieren solle. Andererseits sei bei 8 Kindern zu überlegen, ob man 256 Stellenprozente benötige. Seiner Ansicht nach könnte diese bei 8 Kindern hinunterfahren werden. Die Tagesschule werde dann auch wieder Geld Kosten. Er betont aber, dass er die Projekte dennoch als toll erachte, nur müssen sie finanziert werden können. Alle Anwesenden wüssten, dass das Polster in der Kasse sehr dünn sei, er kenne keine Projekte mehr, wo noch gespart werden könnte. Deshalb müssten Mehreinnahmen generiert werden. Eine Steuererhöhung will niemand, weshalb wo anders Einnahmen gemacht werden müssten. Nächste Woche könne man mit dem Baurechtzins des Bachgrabenparks eine solche Quelle öffnen, er bittet, bei der Abstimmung ja zu stimmen. Somit sei der Tageskindergarten schon beinahe finanziert. Das Projekt werde auch deshalb von seiner Fraktion begrüsst, weil es ein Pilotprojekt ist. Es könnten Erfahrungen betreffend der Nachfrage gemacht werden. Man stelle sich die Frage, wie es weiter gehe. Was geschehe, wenn keine Eltern das Angebot nutzen. Was wenn es grosse Schwankungen geben soll, wie soll dann die Gemeinde budgetieren. In diesem Sinne stelle seine Fraktion noch einen 3. Antrag. Nach den drei Jahren soll vom Gemeinderat ein schriftlicher Bericht erbracht werden. Dies fehle in der Vorlage. Er hofft, dieser Antrag könne unterstützt werden.

Zum Schluss befremde es ihn, dass man zwar einen Schulrat für Kindergarten und Primarschule habe, dieses Projekt dort aber nicht vorgestellt habe.

**Werner Schwarz**, SVP-Fraktion, weist Felix Keller darauf hin, dass man das Projekt im Schulrat besprochen habe. Der vom Gemeinderat festgesetzte monatliche Berechnungsschlüssel für den Beitrag der Eltern sei noch zu hinterleuchten. Wenn man z.B. mit Oberwil vergleiche, habe man dort einen monatlichen Beitrag von CHF 1'600 exklusive Mahlzeiten, in Riehen, wo solch ein Projekt ebenfalls geplant sei, einen monatlichen Beitrag von CHF 1'100 ohne Betreuung während der Schulferien budgetiert. In Allschwil spreche man aber von CHF 820. Irgendwer mache hier seiner Meinung nach einen Rechnungsfehler. Man könne nicht davon ausgehen, dass eine Auslastung von 100% möglich sei, sondern man müsse eher von einer Belegung von 60%-80% ausgehen. Der Berechnungsschlüssel hätte dementsprechend gewählt werden müssen. Zudem wäre dann das Risiko betreffend der fraglichen Subventionierung ebenfalls kleiner. In Allschwil bestünden bereits solche Institutionen. So gäbe es Tagesheime, einen Tageselternverein - welcher fantastisch funktioniere - , Horte, Mittagstische, Privatinitiative wie Freunde und Nachbarn. Er frage sich, ob man diese Angebote ausgelotet und auch ausgeschöpft habe, so dass man sagen könne, es bedürfe eines solchen Tageskindergartens. Viele Freunde würden nämlich gerne solche Angebote machen, und sich so ein Taschengeld dazu verdienen zu können. Für ihn sei es ein Horrorszenario, wenn ein Kind, welches das Angebot des Tageskindergartens voll ausnütze, also wöchentlich 47.5 Stunden dort verbringen würde. Für ihn seien schon seine 44 Stunden Arbeitszeit genug. Pädagogisch könne dies keinen Sinn machen. Er sehe sich als Schulrat eher als Anwalt des Kindes, und nicht als jener der Eltern. Weshalb letztere arbeiten gehen, könne verschiedene Gründe haben. Verständlich sei es bei jenen, die sich in einer schlechten finanziellen Lage befänden. Bei jenen, die aber nur ihrem Luxus frönen wollen, sei der Grund für ihn unverständlich. Er und seine Fraktion sehe das Kind mehr zu Hause bei den Eltern, bei der Mutter, und nicht die ganze Woche lang in diesem Tageskindergarten. Er könne es sich einfach nicht vorstellen, dass wenn ein Vater und eine Mutter den ganzen Tag arbeiten, diese nach der Arbeit voll motiviert und voller Frische sich der Erziehung hingeben könnten. Dies könne zu einem Manko führen.

**Franziska Pausa**, SP/EVP-Fraktion, drückt die Freude ihrer Fraktion betreffend der Behandlung des Geschäftes aus. Es sei positiv, dass auch aus dem Papier „Strategische Entwicklung und Massnahmenplanung 2005-2010“ nun ein Teilziel umgesetzt werden solle. Sie bedankt sich bei Heinz Giger und Charlotte Weishaupt. Erfreulich sei es, dass Allschwil die Bedürfnisse der Gesellschaft und der Wirtschaft erkenne und diesen Rechnung tragen wolle. Zudem sei ein öffentlicher Kindergarten keine Konkurrenz zu den bestehenden Einrichtungen,

sondern ein ergänzendes Angebot. Ihre Fraktion sei der Meinung, dass diese Investition gut angelegtes Geld sei und auch gut genutzt werde. Fraglich sei nur geblieben, ob die Kosten nicht einkommensabhängig gestaltet werden sollten. Zusammenfassend sei zu sagen, dass der Mut Allschwils zur kantonalen Vorreiterrolle diesbezüglich sehr zu begrüßen sei. Ihre Fraktion folge dem Antrag bezüglich Punkt 1 über den Kredit über CHF 100'000.-, Punkt 2 sei für die Fraktion noch offen.

**Ursula Pozivil-Pfister**, FDP-Fraktion, erwähnt, dass sie noch zur „aussterbenden“ Sorte Hausfrauen gehöre. Doch sei es vernehmbar, dass in der heutigen Zeit das Bedürfnis nach Kinderbetreuungsplätzen bestehe. Die FDP-Fraktion stehe hinter solch einem Kinderbetreuungsplatz. Mit diesem Tageskindergarten könne solch eine Möglichkeit nun realisiert werden. Vor allem die klaren Randbedingungen des Projektes in einer Probezeit und den damit verbundenen Antrag 3 der CVP-Fraktion bezüglich der informativen Rückmeldung wertet sie positiv. Auch das Prinzip der Kostendeckung sei überzeugend. Der Subventionsschlüssel des Antrags 2 bereite der Fraktion aber Mühe, weil damit wieder alles auf den Staat abgewälzt würde. Man habe in Allschwil ein Tagesheim und vieles mehr.

**Peter von Arx**, SVP-Fraktion, drückt seine Befürchtungen bezüglich der Zeit nach der Pilotphase aus. Wenn nach drei Jahren das Projekt institutionalisiert sei, werde man es kaum wieder in Frage stellen können. Seiner Ansicht nach gäbe es genügend Angebote in Allschwil, diese würden noch nicht ausgeschöpft.

**Dr. Ivo Corvini**, CVP-Fraktion, führt aus, dass mit diesem Projekt ein weiterer Schritt in die externe Kinderbetreuung stattfinden würde. Im Winter habe man das Postulat überwiesen zur „Prüfung und Berichterstattung betreffend Einführung einer Tagesschule“. Vorliegend habe man nun einen Kreditantrag für einen Tageskindergarten. In der Vorlage und in vorgängigen Voten sei festgehalten worden, dass dies einem gesellschaftlichen Bedürfnis entspreche. So könne er dies nicht annehmen. Er wolle aber nicht sagen, dass es keinem Bedürfnis der Gesellschaft entspreche. Aber anlässlich der Umfrage im Anhang des Berichtes müsse man doch zum Schluss kommen, dass nur 10% aller befragten, immerhin 136 Eltern, ihr Kind in einen solchen Tageskindergarten schicken würden. So stehe das zwar nicht explizit in der Vorlage, was er auch vermisste. Da diese Umfrage eine Grundlage des Berichtes sei, hätte sie auch genauer interpretiert werden müssen. Denn nur knapp die Hälfte der Fragebögen sei retourniert worden. Von diesen 45% ihrerseits habe nur ein Viertel - also von allen verschickten nur 10% - kundgetan, sie würden ihr Kind in den Tageskindergarten schicken. Sollte es einem so grossen Bedürfnis entsprechen, wie es erwähnt werde, müsste seiner Ansicht nach ein viel höherer Prozentsatz dieses ausgedrückt haben. Dies sei eine Feststellung, welcher Rechnung zu tragen sei, welche nicht übergangen werden könne, weil nun das politische Ziel bestehe, solch einen Tageskindergarten einzurichten.

Betreffend der Bundessubventionen sei Fakt, dass die erste Tranche nicht ausgeschöpft worden sei innerhalb der Zeit, in welcher man dies erwartet hätte. Dies deute auch daraufhin, dass das Bedürfnis im erwähnten Ausmass nicht bestehe. Der Staat, welcher für eine Gleichheit zu sorgen habe, müsse sich nun die Frage stellen, was für den anderen Teil getan würde. Entgegen der Aussage von Frau Pozivil sei für ihn diese Form der Familie noch immer von Bedeutung und nicht am Aussterben. Es sei vielleicht jene Form, die sich politisch nicht meldet. Aber man habe diese immer noch. Diese Form verzichte auf staatliche Leistungen, aber auch auf viel Luxus. Die Kinder würden selber betreut und nicht dem Staat übergeben. Zudem würden dort auch anderen keine Arbeitsstelle weggenommen werden. Dem müsse auch Rechnung getragen werden. Die Arbeitslosigkeit sei immer noch Thema und Sorge Nummer eins. Er fragt, was man für jene tue. Einer finanziellen Leistung bedürfe es nicht, aber seit Jahren spreche man davon, dass auch diese Form der Familie steuerlich entlastet werden solle. Fakt sei, dass dies bis anhin nicht erreicht worden sei. Ein Ehepaar mit Kindern und einem arbeitenden Elternteil werde immer noch steuerlich schlechter behandelt als eine andere Form der Familie, obwohl sie eigentlich unterstützt werden sollten. Diesem Umstand sei auch Rechnung zu tragen. Er habe nun Mühe, wenn nach den Blockzeiten nun hier nochmals Geld gesprochen würde und die herausgekommenen Zahlen nicht kritischer betrachtet worden seien.

**Juliane Weber Killer**, SP/EVP-Fraktion, erwähnt, dass auch sie grundsätzlich hinter dieser Vorlage stehe. Sie habe jedoch einen Schönheitsfehler. Ihrer Meinung und jener der Mehrheit der Fraktion nach sollten die Elternbeiträge im Verhältnis zum Einkommen abgestuft werden. Es könne nicht sein, dass Eltern oder Alleinerziehende auf das Angebot dieses Tageskindergartens verzichten müssten, nur weil sie es sich finanziell nicht leisten können. Für jene, die die Anspruchskriterien auf Sozialhilfe nur knapp nicht erfüllen, seien CHF 820 pro Monat immer noch sehr viel. Im Fragebogen hätten auch 38% der Befragten geäußert, dass sie den Tageskindergarten dann befürworten würden, wenn das Angebot dem Einkommen entsprechend angepasst würde. Weiter strebe man in der Vorlage die soziale Durchmischung der Kinder an. Sie bezweifle, dass dies möglich sei. Zudem sei es schade, dass wegen diesem Kriterium die Anzahl von 21 Kindern nicht erreicht würde. Die gemachten Vorstellungen und den Antrag betreffend der Abstufung werde Herr Pfaff anschliessend präsentieren.

**Thomas Pfaff**, SP/EVP-Fraktion, schickt voraus, dass wenn vom ursprünglichen Betrag von CHF 324'000 geredet werde, es sich dabei um den schlimmsten Fall handle, nämlich dass der Kindergarten nur mit 8 Kindern besucht würde während der vollen drei Jahren. Deshalb müsse auch die hohe Kreditsumme bewilligt werden. Alle würden aber hoffen, dass der Tageskindergarten deutlich erfolgreicher sei und im Gegensatz zu Herrn Corvini sei man davon in seiner Fraktion auch überzeugt. Erfreulich sei auch, dass wenn er konstant voll besetzt sei, die Kosten für die Gemeinde auf CHF 0.00 gehen würden. Die Wahrheit werde wohl irgendwo dazwischen liegen. Man sehe dies auch beim Tagesheim. Dieses habe zwar eine hohe Auslastung, aber eine solche von 100% sei doch nicht möglich. Deshalb werde dieser Kredit zu einem kleinen Teil gebraucht werden. Er erläutert die Grafik im Antrag der Fraktion. Das Problem bestehe nun für jene Eltern, die ihre Kinder in den Tageskindergarten schicken wollen, ihr Einkommen aber dafür zu niedrig sei. Diese gingen deshalb arbeiten, dass sie eben nicht der Sozialhilfe bedürfen. Das Einkommen sei aber zu klein, um CHF 816 pro Monat aufbringen zu können. Die ersten zwei Wochen arbeite man somit schon nur dafür, den Tageskindergarten finanzieren zu können. Weiter müsste aber noch Wohnung, Versicherung und Krankenkasse etc. bezahlt werden. Er spreche hier wirklich von kleinen Einkommen und dieses Angebot sei für Leute, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen *müssen*, und nicht für jene, die zu Hause bleiben müssten, weil sie arbeitslos sind. Diese sollen die Kinderbetreuung selber wahrnehmen. Deshalb soll für die Arbeitenden ein geringerer Beitrag verlangt werden. Man sei nun gezwungen worden, dazu einen klaren Betrag zu nennen. Deshalb habe man den schlimmstmöglichen Fall berechnet. In welchem nun jedes Vierte Kind aus einer Familie kommen würde, in welchem beide Eltern oder der alleinerziehende Elternteil arbeiten und ein zu geringes Einkommen erzielen würden. In diesem, seiner Ansicht nach utopisch hohen Prozentsatz, bräuchte es zusätzliche 29'280 Franken, welche zu bewilligen wären. Er verweist nochmals auf die Grafik. Die effektiven Kosten werden sich seiner Vermutung nach zwischen der violetten und der blauen Linie bewegen. Es gelte weiterhin, dass je mehr Kinder das Angebot nutzen, desto weniger werde vom Kredit gebraucht. Er weist zudem darauf hin, dass wenn man beim Vorschlag des Gemeinderates bleiben würde, gewisse Eltern nicht davon Gebrauch machen könnten. Würde man dann von angenommen 18 voll zahlenden Kindern ausgehen und kämen dann 3 dazu, welche nur vergünstigt vom Angebot Gebrauch machen würden, müsse beachtet werden, dass der Preisunterschied nicht mehr gross sei. Herr Pfaff stellt klar, dass es sich um einen Gegenantrag zum vorliegenden Antrag handle. Sollten die Anwesenden der Meinung sein, dass es nicht in Ordnung sei, dass Eltern mit geringem Einkommen ermöglicht werde, ihr Kind in den Tageskindergarten zu schicken, sie also bei der Fassung des Gemeinderates bleiben wollen, würde die SP/EVP-Fraktion selbstverständlich der Vorlage die volle Unterstützung geben.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion, bemerkt zu Ivo Corvinis Votum betreffend der Steuern, dass er sehr froh wäre, könnte man kommunal an den steuerlichen Belangen noch etwas ändern. Hätten bei der Umfrage statt der 10% deren 50 ihrem Bedürfnis Ausdruck gegeben, müsse man sich vorstellen, was man dann für eine Vorlage vor sich hätte. Zum Votum von Felix Keller betreffend der Stellenprozente führt er aus, dass es um eine Präsenzzeit gehe. Hätte man in einem Büro anstatt zweier nur einen Auszubildenden heisse dies auch nicht, dass man erst um 10 Uhr kommen könne. Zum Votum von Werner Schwarz erläutert er,

dass die Zeit im Tagesheim in etwa gleich lang sei, wie im Tageskindergarten. Sollten beide Eltern arbeiten, würden diese voll motiviert nach Hause kommen. Sie wüssten genau, was im Verlaufe des Tages geschehen sei und könnten anschliessend die Freizeit mit den Kindern geniessen. Dies sei nicht bloss, wie von Ivo Corvini so empfunden, etwas für die Eltern, sondern auch für die Kinder. Es gäbe pädagogische Gründe, welche dafür sprechen würden. Den Kindern würden Bezugspersonen und klar geregelte Strukturen geboten. Es sei für alle Eltern wichtig, dass sie den Rahmen kennen, in welchem sich ihre Kinder befinden. Deshalb sei es ein sozialpädagogischer Entscheid und nicht ein finanzpolitischer. Es gehe um die Kinder, für welche dieser Entscheid zu fällen sei. Der Entscheid sei wichtig für die Familien, die ihrerseits entscheiden müssten, ob sie ihr Kind in den Tageskindergarten schicken sollen.

**Dr. Guido Beretta**, FDP-Fraktion, erwähnt, dass er bezüglich der Zahlen der Umfrage auf das selbe Resultat gekommen sei wie Ivo Corvini. Von den Befragten würden cirka 14 bis 15 Eltern ihr Kind in den Tageskindergarten schicken. Die SP/EVP-Fraktion hoffe nun, dass man auf 21 Schüler käme, damit das Ganze finanziell aufgehen würde. Niemand aber wisse, wie viele Eltern dann aber den effektiven Entscheid treffen würden, ihr Kind in den Tageskindergarten zu schicken. Er wolle damit bloss die Hoffnungen etwas relativieren. Er sei auch für einen Tageskindergarten, bloss sage er nicht, dieser würde von Anfang an voll ausgelastet werden. Dem Zusatzantrag der CVP möchte er hinzufügen, dass der Antrag laute, vor Ablauf der drei Jahre sei eine Bilanz zu ziehen. Betreffend dem Antrag der SP/EVP-Fraktion verweist er auf das Sprichwort „Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach“. Mit ihrem Antrag würde die SP/EVP-Fraktion geradezu ein Referendum provozieren. Sie solle mit der Vorlage des Gemeinderates zufrieden sein. Für ihn sei diese ehrlich und nachvollziehbar.

**Josua Studer**, SVP-Fraktion, weist darauf hin, dass seine Fraktion immer davor warne, dass die Begehrlichkeiten wachsen. Diese scheinen nun wirklich zu wachsen. Man wolle die Tagesschulen, den Tageskindergarten und nun für diesen auch noch mehr Geld. Ob die 500'000 Franken des Bachgrabens wirklich eingenommen werden können sei noch nicht bekannt. Viele aus der Wählerschaft der SP/EVP seien dagegen. Er habe Befürchtungen betreffend der Finanzierung dieser Wünsche. Die SVP-Fraktion habe sich klar dazu geäussert, dass man dieses Projekt nicht wolle, egal was es koste. Sie sei deshalb der Meinung, dass das Geschäft dem obligatorischen Referendum zu unterstellen sei und deshalb stellt sie entsprechenden Antrag. Denn es handle sich um 0.001% der Bevölkerung der Gemeinde Allschwil, die dieses Produkt werde nützen können. Es gäbe in Allschwil Projekte zu finanzieren, die der Allgemeinheit zugänglich seien, bei denen jeder teilnehmen könne wenn er wolle, egal ob er Kinder habe und diese verwöhnen möchte und sich selber Luxus leisten möchte. Solange es Umfragen gäbe, könnten diese jeweils gegenbelegt werden. Man könne lange sagen, man „wolle“, ob man es dann tatsächlich tue sei etwas anderes. Deshalb werde seiner Ansicht nach das Projekt scheitern und viel Geld kosten.

**Heinz Giger**, Departementsvorsteher Bildung/Erziehung/Kultur, bedankt sich für die engagierte Diskussion. Bezüglich der Wortmeldung von Guido Beretta möchte er beifügen, dass man nicht wissen könne, wie viele Kinder vom Angebot Gebrauch machen werden. Wichtig sei, dass der Einwohnerrat im Falle einer Zustimmung das Vertrauen ausspreche, dass die Exekutive den sich vorstellenden Weg beschreiten dürfe. Sollten sich im Verlaufe der Entwicklung andere Bedürfnisse aufzeigen, werde man auch dies dem Einwohnerrat sofort melden. Selbstverständlich werde dies auch vor Ablauf der drei Jahre geschehen. Dies sei auch selbstredend die Aufgabe des Gemeinderates, dass wenn man solch einen Versuch von drei Jahren gestartet habe, darüber berichtet werde. Zu den nicht ausgeschöpften Subventionen könne er exakt den Grund benennen. Die Trägerinnen des Tageskindergartens seien die Gemeinden. Wenn deren Parlament oder Gemeindeversammlung einen Tageskindergarten nicht bewillige, würde sie auch keine Subventionen erhalten. Es gäbe Gemeinden, die keinen Tageskindergarten wollen. Betreffend der Voten der SP/EVP-Fraktion führt er aus, dass er deren Bedenken von der sozialen Seite her betreffend der Verteilung der Beiträge verstehe. In den Überlegungen des Gemeinderates bezüglich der Berechnung der Kosten pro Familie seien diese schon ziemlich tief eingestuft worden. Er akzeptiere, dass 815 Franken viel sei für jemanden, der ein niedriges Einkommen hat. In diesem Projekt sei man in einer Versuchsphase

und wenn ein anderer Verteilschlüssel eingebaut worden wäre, hätte man etwas völlig anderes vorschlagen müssen. Die Budgetierbarkeit hätte dann gar nicht mehr vorgeschlagen werden können. Vieles hätte im Bereich der Fantasie stattgefunden. Der Gemeinderat habe sich für dieses Projekt ohne Sozialschlüssel entschieden. Dies habe seine Gründe in der Versuchsphase von drei Jahren und er bitte darum, dem Vorhaben der SP nicht zuzustimmen. Er stelle fest, dass es wie immer mehrere Meinungen und Lebensanschauungen gäbe. Er sei Stabschef einer Division gewesen und habe dort festgestellt, dass es immer weniger Soldaten gegeben habe. Und dass je weniger Junge es gebe, desto weniger jene Institutionen, die sie wollen, gespiesen würden. Eine Headline der Basler Zeitung habe vor kurzem geschrieben, dass den Schulen die SchülerInnen ausgehen würden. Diese Bedeutung müsse auch beachtet werden. Dies habe Konsequenzen auf die nächsten 20 Jahre, auch auf die Wirtschaft und die Bildung. Sei der Nachwuchs nicht vorhanden, könne noch lange darüber diskutiert werden, wie schön es wäre, vorhanden sei es aber nicht.

**Felix Keller**, CVP-Fraktion, ist selbstverständlich bereit, seinen Antrag so abzuändern, dass vor Ablauf der drei Jahre Bericht zu erstatten sei. Bezüglich dem Votum von Jean-Jaques Winter, dass es toll sei, dass die Kinder den ganzen Tag im Kindergarten sein können, könne er nur aus seiner eigenen Erfahrung sagen, dass er jeden Tag versuche, nach Hause zu kommen, um dem Mittagstisch beiwohnen zu können. Dies sei für ihn die schönste Zeit. Wären die Kinder während 5 Tagen über Mittag im Kindergarten, müsste er darauf verzichten.

**Giulio Vögelin**, SP/EVP-Fraktion, erklärt, dass ihn der Satz „der Anteil Alleinerziehender Elternteile ist Null“ bei den Umfragen störe. Dies sei für ihn aber genau jener Teil der Bevölkerung, der ein solches Angebot soll nutzen können. Dies könne dieser Teil aber offensichtlich nicht, weil CHF 820.- zu viel seien. Seine Meinung sei, dass wenn man schon einen Tageskindergarten einrichten möchte, die Finanzierung einkommensabhängig zu gestalten sei. Dies der Überlegung wegen, dass der gewöhnliche Kindergarten ja ebenfalls so finanziert sei.

**Thomas Pfaff**, SP/EVP-Fraktion, bittet, dass sich die Anwesenden nicht durch die Referendumsdrohung abschrecken lassen. Sollte dieses ergriffen werden, sei dies wegen den 324'000 Franken, und nicht wegen den 29'000 Franken zusätzlich. Bezüglich des Vorschlags eines Angebotes im Tagesheim fügt er an, dass dieses schliesslich auch die Gemeinde bezahle. Also würde so oder so die Gemeinde die Beiträge bezahlen. Würde man sagen, der Tageskindergarten sei nur für hohe und mittlere Einkommen, hätte man die anderen Kinder im Tagesheim und würde die Beiträge so auch finanzieren. Er gibt Heinz Giger Recht, dass mit einem Subventionsschlüssel das Projekt weniger planbar werde. Deshalb habe seine Fraktion auch grosszügig gerechnet. Zudem habe der Gemeinderat die Möglichkeit, dies zu beeinflussen. Er mache keine Vorgaben darüber, wie stark die Reduktion sein solle, man habe bloss ein Beispiel gerechnet. Auch mache man keine Vorgaben, wie hoch der Höchstbetrag sein solle. Man habe gehört, Riehen habe einen anderen Höchstbetrag, welcher vielleicht für hohe Einkommen angemessen sei. Der Gemeinderat habe es in der Hand, innerhalb des Budgetrahmens zu bleiben und nach dem ersten Jahr der Pilotphase, die Preise anzupassen falls er merke, dass es in eine falsche Richtung laufe. Er sei überzeugt, dass sich eine Lösung finden lasse, die sich in jenem Spielraum bewege, der in der Grafik dargestellt worden sei. Deshalb bittet er, dem Antrag der SP/EVP-Fraktion zuzustimmen.

**Jürg Vogt**, FDP-Fraktion, führt aus, dass er im Verlaufe der Diskussion festgestellt habe, dass die Bedürfnisse für den Kindergarten nicht sauber abgeklärt worden seien. Die Kosten seien nicht genau bekannt und über die Kostenverteilung sei man sich auch uneinig. Seiner Ansicht nach sei das Projekt zurückzuweisen, um es neu auszuarbeiten und anschliessend neu zu diskutieren.

**Dr. Anton Lauber**, Gemeindepräsident, erwähnt, dass bezüglich des Bedarfs keine Antwort gegeben werde könne. Dazu stehe der Gemeinderat und genau deshalb habe dieser den Weg des Pilotprojektes gewählt. Vor Ablauf dieser Pilotphase werde der Gemeinderat den Anwesenden Bescheid geben, wie es herausgekommen sei. Bezüglich des

Subventionsschlüssels der Tagesheime erklärt er, dass diese Kinder ansprechen würden im Alter von 0.5 bis 6 Jahren, also grundsätzlich Vorschulkinder. Wenn diese nun in den Kindergarten gehen würden, gehe man davon aus, dass sich diese in den Blockzeiten des Kindergartens bewegen würden und nicht mehr ins Tagesheim gehen werden. Sollte dies der Fall sein, hätte man dafür den Mittagstisch. Es gäbe also sicher keine Konkurrenzsituation zwischen Tagesheim und Tageskindergarten. Um den Subventionsschlüssel festzulegen, würden eine Tabelle und eine Rechnung nicht ausreichen. In Allschwil habe man 4 Subventionsschlüssel. Alle seien äusserst komplex und gingen ins Herz einer jeden Vorlage. Von den Eltern verlange man dazu Einkommens- und Ausgabenverhältnisse, hinzukäme ein grosser administrativer Aufwand. Deshalb könne bei der Berechnung nicht einfach von zu verteilenden 29'280 Franken ausgegangen werden, sondern dies bedürfe einer Kalkulation von der Basis her. Zudem müsste ein allfälliger Subventionsschlüssel glaubwürdig erscheinen gegenüber den bestehenden Subventionsschlüssel. Sollte einem Subventionsschlüssel zugestimmt werden, müsste die gesamte Vorlage nochmals überarbeitet werden.

Es wird bezüglich eines Ordnungsantrages **von Peter von Arx**, SVP-Fraktion, auf Rückweisung des Berichtes nach beschlossenenem Eintreten abgestimmt.

://:

Der Antrag auf Rückweisung des Berichtes nach beschlossenenem Eintreten wird mit **25 zu 8 Stimmen abgelehnt**.

**Lucius Cueni**, SP/EVP-Fraktion, fügt an, dass ihm Anton Lauber aus dem Herzen gesprochen habe. Es sei schade, dass er erst jetzt an die Reihe gekommen sei und nicht vor dem Rückweisungsantrag. Es gehe um eine dreijährige Versuchsphase. Innerhalb dieser drei Jahre fände man Antworten auf alle Fragen, die gestellt worden seien. Also solle man nun diese drei Jahre bewilligen und dann weiterschauen.

Abstimmung

://:

1. Die einmaligen Mehrkosten für den Ausbau eines Tageskindergartens in Höhe von CHF 100'000 werden **mit 25 zu 9 Stimmen bewilligt**.

2. Der Kredit in Höhe von max. CHF 324'480.00 während der Pilotphase von drei Jahren für den Betrieb des Tageskindergartens wird **mit 24 zu 9 Stimmen bewilligt**.

3. Der Sachantrag der SP/EVP-Fraktion bezüglich eines Kredites in Höhe von max. CHF 353'760.00 während der Pilotphase von drei Jahren für den Betrieb des Tageskindergartens wird **mit 22 zu 10 Stimmen abgelehnt**.

4. Dem Zusatzantrag der CVP-Fraktion „vor Ablauf der 3-jährigen Pilotphase wird durch den Gemeinderat Bericht erstattet und das weitere Vorgehen dem Einwohnerrat unterbreitet“ wird **grossmehrheitlich zugestimmt**.

5. Der Antrag der SVP-Fraktion, das Geschäft dem Behördenreferendum zu unterstellen, wird **mit 25 zu 9 Stimmen abgelehnt**.

6. Schlussabstimmung: Das Geschäft wird **mit 24 zu 8 Stimmen überwiesen**.